

Bezugspreis:

Bestellungspreis: 30 Pf. monatlich 10...
Bestellungspreis: 30 Pf. monatlich 10...
Bestellungspreis: 30 Pf. monatlich 10...

Telegraphische Adressen:
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile...
Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 14. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Was soll Foch in Spa?

VS. Spa, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Lage ist bisher keine Entspannung eingetreten. In den Kreisen der französischen Berichterstatter wird von der Wahrscheinlichkeit der Befreiung des Ruhrgebietes gesprochen.

Rotterdam, 14. Juli. (Meldung des Holländisch Nieuwsbureau.) Nieuwe Rotterdamse Courant schreibt zu der telegraphischen Herbeiführung von Marschall Foch und Wilson: Dies scheint eine etwas grobe Art der Einschüchterung zu sein.

Kabinettsitzung in Spa.

Spa, 14. Juli. Heute vormittag fand hier eine Kabinettsitzung statt, an der auch verschiedene Nichtmitglieder des deutschen Kabinetts teilnahmen.

Die Stimmung in Frankreich.

Paris, 14. Juli. Im „Matin“ schreibt Gouverneur zu der Frage der Befreiung des Ruhrgebietes für den Fall, daß Deutschland...

Englischer Gewerkschaftskongress.

London, 13. Juli. (Reuter.) Der heute in Westminster abgehaltene Gewerkschaftskongress, der besonders die Aufgabe hatte, die Haltung der britischen Gewerkschaften gegenüber Irland und Rußland zu erwägen, nahm eine von dem Nationalen Eisenbahnverband eingebrachte Resolution an; in der zu einem „Waffenstillstand zwischen den irischen Parteien“ aufgerufen wird.

Reaktionäre Justiz.

Aus Offen meldet NW: Oberleutnant Dr. Stiemse, der während der Märzunruhen im Auftrage des Königs als Zensur der hiesigen Zeitungen tätig war, wurde von dem Offizier Landgericht wegen Amtsanmaßung und Landfriedensbruch in Ladeinhaft zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Mordverdachts sofort verhaftet.

Es handelt sich um eine Tätigkeit, die Dr. Stiemse, als der Rapp-Bußch alle Bande gesprengt hatte, in dem guten Glauben ausgeübt hat, damit im Interesse der Regierung der Niederwerfung des Bußches zu dienen. Wie wir über Zensur denken, haben wir sehr oft gesagt. Aber ist es nicht ein herrliches Zeichen für die Objektivität unserer Rechtspflege, daß Oberleutnant Stiemse wegen Mordverdachts verhaftet wird, dagegen der Rechtsanwalt Brederod, der sich unter Rapp das Amt eines Pressechefs der Reichsregierung anmaßte, von der Justiz auf freiem Fuß gelassen wurde?

nicht die geforderten 2 Millionen Tonnen Kohlen liefert: Es steht hier allerdings die Gefahr einer Bewegung sämtlicher Grubenarbeiter der verschiedenen Länder. Diese Bewegung werde ohne Zweifel nur einige Tage andauern, aber wenn durch eine Gewaltpolitik die Kohlenproduktion im gesamten Europa vollkommen lahmgelegt werde, und wäre es auch nur für kurze Zeit, so wäre dies doch ein sehr beunruhigender Zustand.

Bertinog schreibt im „Echo de Paris“ über die Wiedergutmachungsfrage und den von Willstrand auf der Konferenz gefassten Beschluß über die Befreiung der Höhe der deutschen jährlichen Zahlungen und des Gesamtbeitrages, daß dieser Beschluß gefährlich sei. Es könnte sich sehr leicht eine internationale Finanzmeinung bilden, es könnten sich deutsche und neutrale Sachverständige zusammensetzen, um kräftig an der Verwirklichung der Ideen von Reines mitzuarbeiten.

In der „Action Francaise“ schreibt Dainville, daß Willstrand eine sehr schwierige Höhe bestreiten müsse. Es sei zu befürchten, daß seine Aufgabe unausführbar geworden ist. Der Unterschied zwischen der von den Deutschen und den Alliierten genannten Zahl läßt wünschen, daß die Alliierten entgegenkommend auftreten werden. Die französische Anordnung wird am Donnerstag nach Paris zurückkehren, und zwar nachdem sie ihre Forderungen herabgesetzt hat, denn ein Entgegenkommen in dieser Frage hängt nur auf französische Kosten ab.

Der Zwischenfall in Spa.

Brüssel, 14. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Spa vom 13.: Nachdem der Generalsekretär der Konferenz und der belgische Minister des Auswärtigen bereits mündlich die Bedauern wegen des Ueberfalls auf den Vertreter des NW ausgedrückt hatten, traf heute abend bei Minister Dr. Simons ein besonderes Entschuldigungsschreiben ein, das nochmals dem Bedauern Ausdruck gibt und eine strenge Untersuchung und Abmüdung zusagt.

Brüssel, 14. Juli. Das Blatt „Fin de Siecle“ berichtet, daß infolge des Zwischenfalles in Spa zwischen einem deutschen Delegierten und einem belgischen Offizier die belgische Regierung die Mitglieder der deutschen Delegation erludt habe, die Straßen nach 11 Uhr abends ohne dringenden Grund nicht mehr zu betreten.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ist die preussische Regierung inoffiziell von alliierter Seite dahin verständig worden, daß die Abstimmung in Oberschlesien Ende September oder spätestens Anfang Oktober stattfinden wird.

Wo stecken die Gewehre?

Wie uns aus Didenburg geschrieben wird, unternahm der von der hiesigen Regierung eingesetzte Sicherheitsausschuß eine planmäßige Durchsichtung der Bauernhäuser nach Schusswaffen. Hierbei wurde festgestellt, daß fast die meisten Bauern im Besitze von Waffen waren. Nicht nur Gewehre, auch Maschinengewehre wurden in größerer Anzahl vorgefunden und beschlagnahmt. Große Mengen dieser Waffen sind bereits gesammelt. Trotzdem befindet sich noch viel Schießgerät im Besitze der Landbevölkerung, die dieses verborgen hält, bzw. das von der Behörde noch nicht erfasst wurde.

Die Rechtsprelle, die sich in diesbezüglichen Verdächtigungen der Arbeiterklasse nicht oft genug ergeben kann, hat also allen Anlaß, vor ihrer eigenen Tür zu lehren.

Der österreichische Historiker Dr. Heinrich Friedjung ist im 70. Lebensjahre gestorben. Friedjung wurde im Jahre 1874 zum ordentlichen Professor an der Wiener Handelsakademie ernannt. Sein Werk „Kaiser Karl IV. und sein Anteil am geistigen Leben seiner Zeit“ trug ihm einen guten Namen ein. 1917 gab er eine politische Abhandlung über den Ausgleich mit Ungarn heraus, in der er auf den Freiregungsprozess innerhalb des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates hinwies und eine Trennung zwischen Deutschösterreich und Ungarn vortauschte. Die Folge seiner Schrift war seine Amnestierung. Eine Zeit lang journalistisch tätig, wandte er sich Anfang der neunziger Jahre dem historischen Studium zu. Sein wichtigstes Werk dieser Periode ist das zweibändige „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1850-1866“, von grundlegendem Wert bleibt auch sein Beitrag zur Geschichte des Imperialismus. Später hat er sich als schwarzgelber Offiziosus leider weniger ruhmreich betätigt.

Verworrene Weltlage.

Die ausgezeichneten Darlegungen des englischen Genossen Ph. Snowden, die wir in unserem heutigen Morgenblatt veröffentlichten konnten, finden durch die Ereignisse der allerletzten Tage ihre eindringlichste Bestätigung. Man kann in diesem Augenblick beinahe schon von einer neuen europäischen Krise sprechen, hervorgerufen durch eine schlechte auswärtige Politik.

Es gibt wohl keinen Menschen in der Welt mehr, der da glaubt, daß durch die Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain und Neuilly ein dauernd befriedigter und beruhigter Zustand in Europa eingezogen sei. Es ist vielleicht auch Zeit, daran zu erinnern, daß bisher weder das amerikanische noch das italienische Volk durch seine verfassungsmäßige Vertretung jenen Verträgen beigetreten ist. Von Italien liegt nur ein dürftiger Ratifikationsersuch vor, von Amerika überhaupt nichts. Der Frieden von Versailles ist auch der Form nach bis zum heutigen Tag eigentlich noch ein unvollendetes Gebilde, und diese von einem Teil der Alliierten und Affilierten gewollte Unfertigkeit bildet auch schon seine allergrößte Kritik.

Die Friedensschlüsse des vorigen Jahres haben aber auch nicht den tatsächlichen Frieden gebracht. In Kleinasien und am Balkan schwelt das Kriegsfeuer in blutigen Kämpfen fort. Ein großer Krieg im Osten, zwischen Polen und Rußland, droht auf neue ganz Europa zu erschüttern. Nichts ist kennzeichnender für die Verwirrung der Welt, als die verhältnismäßige Gleichgültigkeit, mit der dieses Ereignis aufgenommen wird, und vielleicht werden künftige Satiriker den Gipfel weltgeschichtlicher Ironie darin erblicken, daß die Alliierten in Spa mit den deutschen Vertretern tagelang um Kohlenlieferungen und andere verkäufliche Gegenstände feilschten, während sich das osteuropäische Problem mit drohender Unberührbarkeit über die in Asien und Berechnungen begrabenen Köpfe erhob.

Die Weltbeherrscher von Spa stehen diesem Problem vollständig ohnmächtig gegenüber, und vergebens bewirbt sich Herr Grabzki um ihre Gunst. Nichts ist den Diktatoren übrig geblieben, als ein ganz bescheidener Vermittlungsversuch, und wenn er mißlingt, wird man sehen, daß hinter den vielfach geposteten Meinungen, die man im Lager der Entente über Rußland und Polen hat, keinerlei Modestie steht, um etwa vorhandene Absichten durchzusehen. So bleibt der Osten in der Achtung der Alliierten die unbekannte Größe und die geheimnisvolle Kraft, deren Auswirkung ihr ganzes Werk aufs stärkste beeinflussen muß. Solange nicht im Osten alles feststeht, schwankt überall alles.

In dieser weltpolitischen Situation haben nun die Alliierten den Versuch unternommen, den in seinen wirtschaftlichen Teilen tatsächlich und durchführbaren Friedensvertrag mit Deutschland zur Durchführung zu bringen. Es war von vornherein klar — und auch im anderen Lager konnten sich die helleren Köpfe darüber nicht im Zweifel sein —, daß dieser Versuch scheitern mußte. Nur unpolitischen, in wirtschaftlichen Dingen völlig unbedingten Spießhörnern kann die französische Chauvinistenpresse einreden, der Widerstand sei im bösen Willen Deutschlands begründet, jeder einigermaßen Gebildete und Klarsehende weiß, daß er in den Verhältnissen selbst liegt. Die wirtschaftlichen Verhandlungen von Spa stellen in ihrem bisherigen Verlaufe einen Versuch dar, aus der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands Leistungen herauszupressen, die zu vollbringen es außerstande ist, und die zu versprechen eine Hybris wäre.

Hinter diesen Verhandlungen steht die Drohung mit der Exekution. Der militaristische Geist, der die Wirtschaftsverhandlungen von Spa aufs schäblichste beeinflusst, sieht in dem deutschen Volke nur einen Simulanten, der durch steigenden moralischen Druck und schließlich durch Anwendung physischen Zwanges wieder auf die Beine zu bringen wäre. Bei den Leuten, die von dieser Auffassung ausgehen, besteht die Meinung, mit uns gewisse Experimente vorzunehmen, die uns sehr schmerzhaft werden, aber den objektiven Befund nicht verbessern, sondern nur noch verschlechtern könnten. So wenig man einen kranken und erschöpften Soldaten durch Schimpfworte, Fußtritte, Kostentziehung und Anbinden zu besseren Leistungen anspornen kann, so wenig kann man aus einem Kranken und erschöpften Volke durch militärische Ribbenstöße mehr herausholen, als aus ihm tatsächlich herauszuholen ist.

Und wie dem einzelnen Menschen, der unter dem Druck solcher brutaler und unverständiger Pressionen steht, bleibt schließlich auch einem Volke, das sich in derselben Lage befindet, zum Schluß nur eines übrig: nämlich: es darauf ankommen zu lassen. Brauchen die Gegner noch die Erfahrung, daß man durch physische Torturen die Leistungsfähigkeit weder eines einzelnen Individuums noch einer Volksgemeinschaft heben kann, so sind wir nicht imstande, sie daran zu hindern, auch noch diese Erfahrung zu machen. Nur das eine müssen wir ihnen sagen, daß dieses Experiment nicht nur auf unsere Kosten, sondern auf die Kosten ganz Europas geht.

beten, insbesondere den mittleren und unteren Beamtentum nur genügt. Die Lehrer sind Schaffkinder der Sozialdemokratie. Nach der Besoldungsordnung rücken sie in die 7. Stufe und erhält der Besoldete ein Gehalt von 18 000 M., also ungefähr das Vierfache dessen, was er vor dem Kriege hatte, eine Summe, die heute im freien Beruf bei den ungeheuren Ausgaben und Steuern kaum zu verdienen ist, und die noch dazu zu Nebenverdienst Zeit läßt, lebenslanglich fest und pensionsfähig ist."

Zu den letzten Ausführungen ließe sich allerhand sagen, insbesondere was den stark unterschätzten Hinweis auf die Bedeutung der vierfachen Gehaltserhöhung sowie die Möglichkeit von Nebenverdiensten betrifft; doch wir haben keine Ursache, in ein schonendes Verfahren einzugreifen oder dem Verteidiger des Besoldungsmaßstabes zu erweisen. Und interessiert lediglich der erste Absatz, der in einer ebenso geschäftigen wie unzutreffenden Art über die Stellung der Lehrer zur Sozialdemokratie Angaben macht. Die Sozialdemokratie setzt sich selbstverständlich für die Interessen der Lehrerschaft wie für alle um ihre Existenz ringenden Stände ein; sie muß es sich aber ganz entschieden verbiten, sich — noch dazu in einem amtlichen Schriftstück — derartige schwere Vorwürfe machen zu lassen. Der Reichsamtswahl-Trend sollte es unterlassen, das Gehalt als ein Forum zur Darlegung seiner politischen Abneigungen zu mißbrauchen. Öffentlich findet die zuständige Stelle die richtige Antwort auf dieses mehr als eigenhümliche Verfahren.

Gerechtigkeit für Westpreußen!

Eine Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft.

Donau, 13. Juli. (B.S.R.) Der interalliierten Kommission in Marientwerder ist von den fünf Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien des westpreussischen Abstammungsgebietes der erste Teil einer Denkschrift überreicht worden, die in gedrängter Zusammenfassung alle Verhältnisse des Abstammungsgebietes in geographischer, geschichtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht darstellt. In der Denkschrift wird unter anderem hervorgehoben, daß Polen keine territorialen Ansprüche auf einen noch so kleinen Teil des überaus wertvollen rein-deutschen Weichselniederungsgebietes habe. Es habe nur Anspruch auf die Ueberwachung der Stromregulierung und Stromverbesserung. Die Denkschrift appelliert zugleich an den Gerechtigkeitssinn der Alliierten, indem sie fordert, im Wege der Grenzberichtigung einen Teil des Untereichs wiederzugewinnen, daß der Vertrag infolge falscher polnischer Informationen an der deutschen Bevölkerung in den unmittelbaren Süden an das Abstammungsgebiet angrenzenden Bezirken begangen hat. Sie fordert als Mindestmaß die geographische und wirtschaftliche Abgrenzung des Abstammungsgebietes im Süden bis zur Ostalbie.

Die Schauerländer aus Braunschweig.

Verleumdungen der bürgerlichen Opposition.

Der Freistaat Braunschweig, der seit kurzem bekanntlich wieder ein rein sozialistisches (aus drei Mitgliedern der H. S. V. D. und zwei Mitgliedern der S. V. D. zusammengesetzt) Ministerium hat, wird von bürgerlicher Seite neuerdings in ganz blamabler Weise durch Falschmeldungen in auswärtigen Blättern verleumdet. Einflußreiche bürgerliche Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung“ und der „Berliner Lokalanzeiger“ bekommen aus Braunschweig Schauerländer, nach denen man glauben muß, daß hier alles drunter und drüber geht oder daß doch ein kommunistischer Putz unmittelbar bevorsteht. Die einheimische „Landeszeitung“, das Organ der Rechtsbürgerlichen, beteiligt sich an diesem Treiben in einer Weise, die dem noch immer angesehenen Blatt wahrscheinlich auf die Dauer teuer zu stehen kommen wird. Der Zweck der Lügenmeldungen ist ja durchsichtig genug. Man will die neue Regierung in Mißkredit bringen und, wenn möglich, wieder ein bewaffnetes Einschreiten des Reiches gegen sie herbeiführen.

Dazu kommen lokale Gesichtspunkte. Die neue Braunschweiger Regierung sieht es als eine ihrer nächsten Aufgaben an, die Auflösung der Einwohnerwehr und die Umgestaltung der Sicherheitspolizei vorzubereiten. Auch diese ganz selbstverständlichen Absichten — zu Maßnahmen ist es noch gar nicht gekommen — stoßen bei den Rechtsradikalen auf schärfsten Widerspruch und mögen sie zur Anwendung des etwas eigenartigen Abwehrmittels der Verleumdung veranlaßt haben. Es braucht kaum verächtlich zu werden, daß in Braunschweig tatsächlich völlig geordnete Zustände herrschen. Die kommunistische Partei ist so schwach, daß sie keinen einzigen der Abgeordneten in der Landesversammlung hat erobern können. Auch im Stadtparlament ist sie ohne Vertretung.

Bezeichnend für die in Braunschweig herrschende ruhige Stimmung ist das völlige Ausbleiben von Lebensmittelpreissen. Auch bei der unerhörten Preisvermehrung des Kapp-Butters hat sich keinerlei Preissteigerung gezeigt, als ihre bürgerlichen Herausforderer. Die Veruche, Braunschweig als Sammelstelle für sozialistische Bestrebungen hinzustellen, gehen auf eine Rede des Führers der (bürgerlichen) Opposition im Braunschweiger Landtage zurück.

Notlage der Steuer supernumerare.

Eine untergehende Beamtengruppe.

Von den Steuer supernumeraren eines Finanzamtes werden wir um Aufnahme folgender Zeilen, die ein erschütterndes Bild von der Notlage dieser Beamtenkategorie bilden, gebeten: Bei den Finanzämtern sind von 1/2 außerplanmäßig angestellten Beamten 90 Proz. unbesoldete Steuer supernumerare, welche gegen eine Unterstützung von monatlich 375 M. beschäftigt werden. Diese unbesoldeten Steuer supernumerare haben einen unter völliger Verantwortung selbständig zu bearbeitenden Steuerbezirk zu verwalten. Das Arbeitsfeld dieser unbesoldeten Beamten umfaßt die Bearbeitung der Reichseinkommensteuer, Besitz- und Erbschaftsteuer, Abgabe vom Vermögenszuwachs, Reichsnotopfer, Kapitalertragsteuer, Gewerbesteuer usw. Seit Jahren führen diese Beamten einen verzweifelten Existenzkampf, um wenigstens eine bescheidene Besoldung zur Bestreitung der allerdringendsten Lebensbedürfnisse zu erzielen. Diese Bestrebungen, die vom Reichsfinanzministerium als berechtigt anerkannt wurden, scheiterten an dem Widerstande eines Ministerialrats im Ministerium, der erst kürzlich noch während einer Unterredung mit einer Abordnung der Beamten in dem Glauben befangen war, daß die unbesoldeten Steuer supernumerare unter Aufsicht von Sekretären arbeiteten.

In der Besoldungsordnung sind die Steuer supernumerare überhaupt nicht berücksichtigt. Diese Beamtenkategorie steht vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch,

denn der beste Rechner kann von einer monatlichen Unterstützung von 375 M. nicht leben. Es handelt sich zum größten Teil um Leute, welche schon seit vielen Jahren bei der Verwaltung der direkten Steuern tätig sind. Die Notlage unserer Kollegen war bisher der Öffentlichkeit unbekannt, denn wir haben geschwiegen und gehungert. Erst in letzter Stunde, da die Not am größten, richteten wir unseren Ruf an die Öffentlichkeit.

Möge derselbe ein lautes Echo wecken und — vielleicht das Schlimmste, den Zusammenbruch unserer wirtschaftlichen Existenz abwenden!

Revolution in Bolivien. Die „Times“ meldet aus Lima: Berichte aus der Hauptstadt von Bolivien melden, daß dort eine Revolution ausgebrochen ist. Der Präsident von Bolivien und das ganze Kabinett wurden gefangen genommen.

Der Rücktransport deutscher Kriegsgefangener aus Rußland geht, wie die W. R. erfahren, nach der Meldung des deutschen Vertreters in Moskau regelmäßig vor sich. Die Sowjetbehörden zeigen bei der Durchführung des Gefangenenaustausches in jeder Hinsicht Entgegenkommen.

Konfession der Reichstagsmitglieder. Cürsch amlich nach der Konfession des deutschen Bürgers nicht mehr gefragt werden darf, haben doch die Reichstagsmitglieder in ihren Angaben für das Handbuch des Reichstags nicht vergessen, ihre Konfession anzugeben. Danach zählt der neue Reichstag 178 Evangelische, 105 Katholiken und 3 Juden; diesen stehen 133 Dissidenten, 1 Arbeit und 1 Ungelaufter gegenüber. Das Verhältnis der Konfessionsbekenner zu den Konfessionslosen beträgt also 2:1. Sicherlich hat kein Parlament so viele Mitglieder aufzuweisen, die den anerkannten Religionen ablehnend gegenüberstehen.

Ein Versuch, Ueber den Parteien aufbauende Arbeit zu leisten, ist die Absicht einer neuen Zeitschrift „Der getreue Eckart“, die von Kurt Nitzsch und Alfred Lorel herausgegeben wird. An dem guten Willen dieser Männer, die in ihrer ersten Nummer Persönlichkeiten der Rechten wie der Linken zu Worte kommen lassen, ist nicht zu zweifeln. Den praktischen Erfolg bezweifeln wir. Sachliche Gebiete, auf denen Uebereinstimmung zwischen rechts und links erzielt werden kann, gibt es wohl, aber sie sind äußerst schmal und nicht ausschlagend für die Zukunft. Die großen entscheidenden Fragen der Zeit werden nicht durch ein Miteinander, sondern durch das Gegenüber der widerstreitenden Weltanschauungen gelöst werden.

Groß-Berlin

Ein Fest der Freude.

Wer mag es, heute, gerade heute, wo man in Spa mit rasselndem Schwert und in eiserner Rüstung, mit Worten brutalen Hasses vor dem Neuen über den Frieden — o Hoh! — verhandelt, — wer mag es, gerade heute, eine Fest der Freude zu begehen? ... Die neue Jugend mag es, die Arbeiterjugend, die keinen Hauch Schuld an dem Geschehen und an dem schrecklichen Geschehen der Gegenwart trägt. Die Arbeiterjugend, die mit blutigen Händen die Fahnen neuer Zeit und Völkerkultur erhebt! — Und Arbeitermädchen waren es, die am Sonntag ein frohes Waldfest, ein Fest der Freude in sommerprangender Natur feierten.

Kürzlich berichteten wir über die Sonnenwendfeier, die der Verein „Arbeiter-Jugend „Groß-Berlin“ veranstaltete. Wir durften frohen Herzens berichten von dem jung-trotzigen Kampfegeist, der unsere junge Generation befeuert und zu kühnem Freiheitswirken begeistert. Und heute dürfen wir berichten, daß diese Jugend selbst schon einen Hauch freier, glücklicher Zukunft in sich trägt. Schade, daß noch so wenig Väter am Sonntag das Waldfest in Reihers Hof besucht hatten, sie hätten wirklich auch Stunden der Freude erlebt. Das fröhliche Treiben, Spielen, Singen, Scherzen, die Volkstänze, dann im Festprogramm das Turnen, vor allem aber die gut vorgetragenen Reaktionen, die prächtigen, ebenso prächtig vorgebrachten Nieder zur Laute (Dora Geseh), der frohe Gesang — und, was weiß ich noch alles! Kurz, hier lebte ein jung-trotzlicher Geist, ein Geist der Hoffnung und Freude, wie man ihn sich besser nicht wünschen kann.

Die Alten wissen nun, daß diese Mädel und Burschen gute Verwalter ihres Erbes sein werden, die neue Steine zum alten Bau tragen, bis endlich, endlich in aller Welt die Rosen des Sieges erblühen, denn die Jugend, die heute Feste der Freude feiert, wird morgen rüstig und gestärkt in den düsteren Alltag zu kämpferem, gefahrbedrohendem Wirken schreiten.

Und noch eine Forderung geben uns unsere Jungen: Sie, die im Schwünge der Zeit mit reiner, zukunftsgläubiger Seele Feste feiern, werden imstande sein, künftig ähnliche Gewaltakte zu verhindern, wie wir sie täglich erleben, werden imstande sein, künftig jeden Krieg zu verhindern. W. Sch.

Golpastrick — Straßenbahneinschränkung.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss von zuständiger Stelle erfahren, ist die Elektrizitätslieferung aus Golpa eingestellt worden. Die dortigen Arbeiter dulden es überdies nicht, daß eine Stromversorgung Berlins durch Bitterfeld stattfindet, und die Arbeiter in hiesigen Elektrizitätswerk zu Mummelsburg haben es abgelehnt, Stromarbeit zu leisten, so daß die Möglichkeit, den Stromausfall zu decken, nicht gegeben ist. Infolgedessen hat der Reichsminister angeordnet, daß der Stromverbrauch nicht nur der Berliner Verkehrsinstitute, sondern der gesamten Berliner Industrie sofort um 15 Proz. eingeschränkt wird.

Klagen über die Post.

Wiel bemängelt wird die Höhe des postamtlichen Einzugs-Lungskurses für Auslandspostanweisungen im Vergleich zum jeweiligen Tageskurs. Der Unterschied ist in der Tat bedeutend. Die Postverwaltungen sind aber nicht nur durch internationale Abmachungen berechtigt, zum Tageskurs einen Zuschlag zu erheben, sondern dazu auch gezwungen, wollen sie nicht erhebliche Einbuße erleiden. Der Postanweisungszahlungskurs wird nämlich in der Regel in Anlehnung an den Wechselkurs festgesetzt, der auch beim Ausgleich der Schuld zwischen Aufgabeland und Bestimmungsland zurunde gelegt wird. Da dieser Ausgleich jedoch erst nach Feststellung der Abrechnung, d. h. nicht früher als 2 bis 2 1/2 Monate nach Auflieferung der Postanweisung, bewirkt werden kann, bis dahin aber der Wechselkurs für die Postverwaltung des Aufgabelandes der Postanweisung sich nicht selten ungünstiger gestaltet, muß die Post, um sich vor Verlusten zu schützen, den Einzahlungskurs für Postanweisungen unter Einzurechnung eines Zuschlages festsetzen. Hierfür ein Beispiel. Die dänische Postverwaltung hatte Anfang Mai zum Kopenhagener Börsenkurs für Sockel auf Berlin (= 10,30 M. für 100 M.) einen Zuschlag von 8,50 M. (= 88 v. H.) erhoben, so daß in Dänemark für Postanweisungen nach Deutschland 14 M. für 100 M. zu erlegen waren. Für Abschlagszahlungen, die Dänemark Ende Juni auf seine Schuld aus dem Postverkehr nach Deutschland leistete — endgültig steht diese Schuld erst Ende Juli fest — mußte es nach dem besseren Stande unserer Valuta 16,40 M. für 100 M. aufgeben, so daß Dänemark an dem Postanweisungsverkehr nach

Deutschland für Mai trotz des erhobenen Zuschlages einen nicht unerheblichen Verlust erleidet. Ueberschreitungen des Tageskurses sind im Postanweisungsverkehr mit dem Auslande also unvermeidbar; kein Land kommt um diese Sache herum. In Deutschland betrug dieser Zuschlag Anfang Mai 20 v. H., er ist später, bei Besserung unserer Valuta auf 10 v. H. ermäßigt worden. Andere Länder sind noch vorsichtiger gewesen; so die Niederlande, die schon 60 v. H. und mehr vom Tageskurs als Zuschlag erhoben haben, inzwischen aber auch eine Ermäßigung haben eintreten lassen.

Schafft Spielplätze!

Oberbürgermeister Dominicus richtet als Vorsitzender des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele an die sämtlichen deutschen Gemeinden, Städte und Landkreise einen Aufruf, im Hinblick auf die Einführung eines obligatorischen Spiel-Nachmittags durch die letzte Reichstagskonferenz überall die Schaffung von umfangreichen neuen Spielplätzen zu fordern und dadurch den Arbeitslosen neue Arbeitsgelegenheit zu bieten.

Wegen die Verhinderung des Erpfalles. Auf Grund der von uns kürzlich mitgeteilten Polizeiverordnung des Riederbarnimer Landrats, monas bauliche Anlagen im Erpfalle ohne vorherige Genehmigung nicht gestattet sind, hat die Friedrichshagener Polizeiverwaltung die Niederlegung des von einem Torflichunternehmer errichteten Holzschuppens, der ohne bauliche Genehmigung errichtet worden war, angeordnet. Nach anfänglicher Weigerung ist der Abriß gestrichen vollzogen worden. Die Wasserpolizei wird in demselben Sinne die Befestigung der Brücke über den Erpfalle anordnen. Ueberhaupt soll der gesamte Bereich der Torflichanlage auf den Erpfallen auf Grund der Polizeiverordnung zum Schutze der Vorflut des Erpfalles unterbunden werden.

Damit haben die Bestrebungen zur Erhaltung einer der reizvollsten Naturschönheiten in der Umgegend Berlins einen vollen Erfolg errungen.

Ausgelasteter Raubüberfall. Am vergangenen Sonntag wurde von zwei Raubgästen in Hannover ein Heberfall auf den Aufsicht einer Bierbedarfsfirma verübt. Die beiden Männer nahmen den Wagen am dortigen Hauptbahnhof und fuhren nach dem Bafeler Gehölk. Dort fielen sie plötzlich über den ahnungslosen Aufsicht von hinten her und schlugen mit einem Hammer auf ihn ein. Als er zusammengebrochen dalag, schlangen sie sich auf den Boden und fuhren mit der Drofsack davon. Der hannoversche Kriminalpolizei gelang es, einen der Täter in einem Arbeiter Ernst Flebbe zu ermitteln und festzunehmen. Der zweite hatte sich mit dem Führerwerk auf den Weg nach Berlin gemacht und ist hier eingetroffen. Während das Führerwerk noch verhandelt wird, gelang es, den Räuber festzunehmen. Es ist ein 30 Jahre alter Arbeiter Wilhelm Nütze, der über den Verbleib des Gespanns jede Auskunft verweigert. Es handelt sich um einen einpferdigen Wagen, bespannt mit einer grauen Schimmelstute. Wer über den Verbleib des Führerwerks irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, diese im Zimmer 30 des Berliner Polizeipräsidiums abzugeben.

Reichwehr als Schieberklub? In dieser Angelegenheit teilt uns Herr Schlächtermeister Jänsch, Kottbuser Damm 85, mit, daß er vollständig unbeteiligt an ihr ist, und von den Vorgängen nur durch seine Angehörigen unterrichtet wurde, da er erst während der Ermahnung von einer Besorgung in Berlin zurückkehrte. Merkwürdigerweise liegt von seiten des Unteroffiziers Karl, der die Lebensmittellade abladen ließ, noch keine Erklärung vor, ebensowenig von seinem Truppenteil und der beteiligten Sicherheitspolizei.

Arbeit für die Sicherheitspolizei. Man schreibt uns: „In der früheren Königin-Elisabethkaserne in Charlottenburg ist die Sicherheitspolizei untergebracht. In ihrer nächsten Nähe hat scheinbar kein Beamter Dienst. Wird man doch täglich von einigen Radlern, während man als friedlicher Arbeiter zu Siemens wandert, auf dem Neuen Märktenbrunnen Weg angerempelt, gestreift oder in Schweden verlegt. Vielleicht kümmert sich die grüne Polizei, falls es deren Sache ist, auch hier für Ordnung zu sorgen, einmal darum, daß die Bürgersteige endlich von diesen räufschützlosen Mitmenschen geräumt werden.“

Sammelkarten der Großen Berliner Straßenbahn, die nur bis 31. Juli gelten, wurden noch am 18. Juli verkauft. Früher war die Gültigkeitstauer so bemessen, daß man in der Regel etwa zwei Monate Frist hatte. Die letzte Beschränkung auf einen ganz kurzen Zeitraum — in dem vorliegenden Fall auf wenig über einen halben Monat — zwingt viele zum Kauf der teureren Einzelkarten. In unserer wiederholten öffentlichen Anfrage, ob diese Beschränkung hauptsächlich ist, hat die Straßenbahndirektion bisher geschwiegen. Da müssen wir das Schweigen schon als „Antwort“ gelten lassen.

Deutsche Auswanderer haben am Mittwoch in Stärke von 200 Mann Stettin verlassen, um auf dem Seewege nach Brasilien zu reisen. Von der Sowjet-Regierung erhielten sie die Nachricht, daß sie in der russischen Industriestadt Kolumna, 120 Kilometer von Moskau entfernt, Quartiere erhalten würden. In Kolumna befinden sich Eisenbahnwerkstätten, in denen sie Beschäftigung finden sollen.

Neußeln. Im Juni 1 Million Erwerbslosenunterstützung. In den vergangenen Monaten ist eine bedeutende Vermehrung der Anträge auf Erwerbslosenfürsorge in Erscheinung getreten. Im März betrug diese Zahl 1884, für Juni betrug sie sich bereits auf 4250. Entsprechend der erhöhten Inanspruchnahme der Fürsorge sind auch die Neueintragen beim städtischen Arbeitsnachweis fortgesetzt im Wachstums begriffen. Mit der Steigerung der Erwerbslosenziffer geht die Zahl der offenen Stellen in beiden Richtungen beträchtlich zurück. Während im Februar d. J. dem Neuzähler Arbeitsnachweis 281 Stellen zu Gebote standen, gelangten im Juni nur noch 1206 zu besetzende Stellen zur Anmeldung. An Unterstützungen zahlte die Stadt Neußeln im verfloßenen Monat rund eine Million Mark, wobei die von den verschiedenen Beträgen an ihre erwerbslosen Mitglieder verausgabten Summen unberücksichtigt sind.

Die Nord-Charnybe beimattrener Oberflester Groß-Berlins Mittel alle Oberflester, ihre Urkunden (Zauschein, Geburtsurkunde sowie Trauschein) umgehend in der Reichsstraße 7 (Christburger Straße 7) abzugeben, da sonst die Teilnahme an der Abstimmung in Frage gestellt ist.

Jugendveranstaltungen.

Berlin „Arbeiter-Jugend“. Sekretariat No. 40, An den Hellen 23. — **Hof. Oden.** (Erschauer Viertel) Wegen der morgigen stattfindenden Funktionärskonferenz findet der Diskussionsabend (sonnig heute 1/2 Uhr im Jugendheim, Reglerstr. 3, statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seute, 14. Juli:
Kahlweien Tempelhof. 8 Uhr Zusammenkunft in den bekannten Bezirkslokalen Partei 7 (Jahresbericht) Wahl eines neuen Bezirksführers. Vollständiges Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erforderlich.
Morgen, 15. Juli.
Jungsozialistische Vereinstagung. Ortsgruppe 7, 7 1/2 Uhr im Saal der Deutschen Sprachschule, Vahnenstr. 3. Vortrag des Genossen Franke über Sozialismus — Ortsgruppe Neußeln, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Reglerstr. 3. Vortrag über die politische Lage.
Charlottenburg. 12. Gruppe, 7 Uhr Zusammenkunft und Sekretat über den Entwurf des neuen Organisationsstatuts. Einheitsbildung 14 bei Nida Raab.

